

Der Deutsche Kulturrat setzt auf Vorsorge

Kurt Eichler

Der Deutsche Kulturrat hat festgestellt, dass die Kultur für die Daseinsvorsorge wichtig ist und daher der öffentlichen Förderung bedarf. Er hat recht und möchte daher die »Ökonomisierung von Kunst und Kultur aufhalten«. Aber taugen Kulturprodukte wirklich nicht für den internationalen Wettbewerb der Waren und Dienstleistungen à la GATS? Sind der globale Musikbetrieb mit Tonträgern, Dirigenten und Ensembles, der weltweite Kunstmarkt oder das Literatur- und Verlagsgeschäft – immer durchaus auch mit erfolgreichen deutschen Exportartikeln – die Ausnahme? Umgekehrt wird zum Beispiel das Opern- und Konzertangebot in der deutschen Provinz längst von marktfähigen Kultureinrichtungen aus Ost-Europa kräftig mitbeeinflusst. Der Versuch des Kulturrats, »die Marktgesetze zu bremsen«, würde in diesen – und anderen – Fällen die kulturelle Daseinsvorsorge und Vielfalt eher gefährden denn schützen.

Die Dinge liegen also nicht einfach, und mit allerlei staatsrechtlichen Vorkehrungen oder Definitionen wird man dem grundsätzlichen Problem nicht beikommen, dass der gesellschaftliche und ökonomische Wandel mit einem tendenziellen Bedeutungsverlust der öffentlich geförderten Kultur einhergeht, wobei dieser Prozess nicht nur Deutschland, sondern auch andere Kulturnationen berührt.

Man muss dem Deutschen Kulturrat konzedieren, dass in der heutigen Zeit eine umfassende kulturpolitische Position nicht einfach zu entwickeln ist. Allerdings sollte man dann auch die komplexen und zum Teil widersprüchlichen Herausforderungen genauer analysieren, denen sich die Kulturlandschaft gegenüber sieht. Wenn der Kulturrat anlässlich der öffentlichen Vorstellung des Positionspapiers verlautbart: »Die Kultur muss sich den stärker ökonomisch und international geprägten Diskussionen stellen«, aber im gleichen Atemzug versucht, »Argumente dafür zu liefern, warum Kunst und Kultur besonderen Schutz und Unterstützung benötigen«, dann erscheint dies angesichts der beschriebenen Übermacht der Globalisierung als eine eher hilflose Antwort. Der Staat soll es richten, Protektionismus tut Not – das ist die zentrale Botschaft des Vorsorgeplans, wobei die Kommunen als die wichtigsten Träger und Geldgeber der Kultur in Deutschland weitgehend ausgeblendet bleiben.

Dabei verdient die nicht neue Forderung an die Gemeinschaft der öffentlichen Hände, die kulturelle Daseinsvorsorge zu gewährleisten, selbstverständlich höchste Anerkennung. Der Kulturrat erhebt aber auch den Anspruch, »erstmal (zu) präzisieren, was Daseinsvorsorge im Kulturbereich bedeutet«, nämlich »mehr als die Mindestversorgung der Bevölkerung mit kultureller Infrastruktur«. Im Positionspaper liest sich das so:

»Daseinsvorsorge im Bereich der Kultur meint ein flächendeckendes Kulturangebot in den verschiedenen künstlerischen Sparten, das zu erschwinglichen Preisen, mit niedrigen Zugangsschwellen breiten Teilen der Bevölkerung kontinuierlich und verlässlich zur Verfügung steht ... Dieses Angebot muss qualitativ hochstehend und der Innovation verpflichtet sein.«

Es darf vermutet werden, dass der Kulturrat mit dieser Definition bewusst den kulturpolitisch strittigen Begriff der kulturellen Grundversorgung noch überhöhen will, und das im doppelten Wortsinn: Es darf sich nichts ändern! Wir wollen alles und noch mehr! Im Kulturapparat macht man sich mit dieser Aussage zweifelsohne viele Freunde, zumindest aber tut man niemandem weh. Als kulturpolitische Strategie, die sich im harten Alltag zu bewähren hat, ist sie wenig zielführend. Eine konkrete Bedarfs- oder Entwicklungsgarantie für ein spezifisches Kulturangebot oder eine künstlerische Leistung kann auch verfassungsrechtlich nicht eingefordert werden.

Dabei liefert der Kulturrat die Relativierung seiner Forderung nach kultureller Daseinsvorsorge gleich mit und riskiert die Aufweichung der von ihm reklamierten Bestandsgarantie, wenn er erklärt: »Es kommt auch darauf an, die Bevölkerung mit diesem Angebot zu erreichen. Nur so lässt sich die Definition als Daseinsvorsorge und die weitgehende Finanzierung durch die Allgemeinheit begründen«. Wer – wie gefordert – politische Entscheidungen über den Umfang des kulturellen Angebots und eine adäquate Mittelausstattung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger treffen will, sollte sich keinen Illusionen über die Reichweite und Akzeptanz der Kultur hingeben. Es ist zu befürchten, dass die Abstimmung mit den Füßen nicht zugunsten der Kultur ausgehen wird, wenn gleichzeitig Kindergärten oder

Altenpflege, Straßensanierung oder Wohnbeihilfen zur Disposition stehen.

Positiv ist hervorzuheben, dass das Positionspaper der kulturellen Bildung insbesondere für Kinder und Jugendliche in Früherziehung und Schule eine zentrale Rolle bei der Kulturvermittlung zuschreibt. Der Zugang zu den Künsten muss in frühen Jahren gelernt und erprobt werden, wenn kulturelle Sozialisation nachhaltig und die Basis für eine mehrheitsfähige Kulturpolitik langfristig entwickelt werden sollen. Dass man einen für diesen Zusammenhang so elementaren Begriff wie den der Soziokultur im Papier vergeblich sucht, ist bedauerlich. Sowohl die Konzepte der Breitenkultur als auch der kulturellen Bildung beziehen sich ganz wesentlich auf diesen Ansatz.

Wer das Positionspaper des Deutschen Kulturrats ernstnimmt, und das sollten vor allem seine Mitglieder tun, wird nun beweisen müssen, wann, wie und welche Ideen und Ressourcen für die Zukunftsaufgabe der kulturellen Bildung bereitgestellt werden. Man darf gespannt sein, ob sich angesichts der proklamierten Bedeutung dieses Arbeitsfeldes die Situation in fünf oder zehn Jahren verändert hat. »Frisches Geld« wird für die Kultureinrichtungen und -träger nicht zu erwarten sein; sie werden die notwendigen Ressourcen durch Strukturveränderungen, Reorganisation sowie die Beschneidung solcher Arbeitsfelder erwirtschaften müssen, die dem gesellschaftlichen Bedarf nicht mehr entsprechen.

Für diesen Prozess ist eine Auseinandersetzung über neue Prioritäten der Kulturpolitik notwendiger als die Fortschreibung vermeintlich sicherer Hypothesen. Insofern ist der Vorsorgeplan des Deutschen Kulturrats zur Sicherung der Kultur von widersprüchlicher Natur: Die Diagnose stimmt. Zweifel sind angebracht, ob die vorgeschlagenen Therapien die Gesundheit des Patienten fördern.

Dipl.-Ing. Kurt Eichler ist Raumplaner und Theaterwissenschaftler, Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund und Schatzmeister der Kulturpolitischen Gesellschaft.

